

RUANDA

Vorbemerkung

Ruanda, eines der kleinsten, jedoch dichtbevölkertsten Länder Afrikas kam in die internationalen Schlagzeilen, weil 1994 in wenigen Monaten fast eine Million Menschen grausam ermordet wurden. Doch auch sechzehn Jahre nach dem Genozid ist es noch immer relativ schwer, eine objektive und kurze Darstellung dieser Katastrophe sowie der aktuellen Situation in Ruanda zu geben. Denn es gibt je nach Konfliktpartei zwei sehr unterschiedliche Sichtweisen, was sich auch in den internationalen Medien, in zahlreichen Büchern und selbst in wissenschaftlichen Abhandlungen widerspiegelt.

Überblick

Die politische Entwicklung der letzten Jahre wird von der Last des Genozids geprägt, der von April bis Juli 1994 vorwiegend von extremistischen Hutu an etwa einer Million Tutsi und moderaten Hutu verübt und erst im Zuge der militärischen Machtübernahme in Kigali durch die von Paul Kagame geführte FPR-Guerilla-Armee beendet wurde. Seither wird das politische Leben von der Aufarbeitung der Vergangenheit bestimmt, in der die Erinnerung an den Genozid einen hohen Stellenwert einnimmt. Nach langer Übergangsperiode wurde im Juni 2003 eine neue Verfassung in Kraft gesetzt. Das Land erlebt eine politische und kulturelle Umorientierung vom frankophonen zum anglophonen Land, der Einfluss der katholischen Kirche wurde stark reduziert, dafür nahm die Zahl der Protestanten und Freikirchler sowie der Muslime zu.

Die Regierung verfolgt hochgesteckte Entwicklungsziele und praktiziert – wie auch die beiden Regime zwischen 1962 und 1994 – einen technokratisch-autoritären Entwicklungskurs, wofür sie ausreichend Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit bekommt. Ruanda soll durch eine Bildungs- und Investitionsinitiative zu einem Zentrum für Dienstleistungen und Informationstechnologie werden. Makroökonomisch steht das Land gut da, das hohe Außenbilanzdefizit wird durch große Geberleistungen und Auslandsinvestitionen ausgeglichen. Kigali und die anderen Städte erleben einen Bauboom. Die Alphabetisierungsrate ist hoch und soll bis 2020 fast 100% betragen, die Sozialleistungen sind im afrikanischen Vergleich ebenfalls beachtenswert. Allerdings erreichte Ruanda schon vor dem Genozid durch massive Entwicklungshilfe bis Mitte der 80er Jahre einen für Afrika modellhaften Entwicklungsstand. Dieser wurde durch eine ökonomische (Verfall des Kaffeepreises) und soziopolitische Krise sowie strenge Strukturanpassungsprogramme und den daran anschließenden Guerilla-, bzw. Bürgerkrieg und Genozid unterbrochen. Trotz der dichten Besiedlung erreichte Ruanda fast immer eine Selbstversorgung an Nahrungsmitteln – allerdings immer bedroht von Missernten. Brandrodung und Abholzung, Bodenerosion und die Vernichtung der Berggorillas im Grenzgebiet mit Uganda und der DR Kongo zählen zu den ökologischen Hauptproblemen. Die Regierung fördert aktiv den Ressourcen- und Umweltschutz, darunter auch die Erschließung regenerativer Energiequellen.

Auch wenn Ruanda in Afrika als Hort der Stabilität gilt, kann innenpolitisch von echter Demokratie noch keine Rede sein – schließlich ist das Militär als Stützpfeiler des Kagame-Regimes nach wie vor die dominierende Macht, die zivile Rechte stark einschränkt oder in der Siedlungspolitik und Landreform autoritär durchgreift. Manche reden von einem „Überwachungsstaat“ⁱ oder einer „Entwicklungsdiktatur“.ⁱⁱ Die sozioökonomischen Perspektiven

werden neben der hohen Bevölkerungsdichte und der prekären Ernährungslage u. a. durch Aids, Weltmarkteinflüsse (u. a. hohe Erdölpreise) und die Konflikte der Region der Großen Seen beeinträchtigt.

Außenpolitisch spielt Ruanda eine ambivalente Rolle in der Konfliktzone der Region der Großen Seen, v.a. in der benachbarten Republik Kongo. Der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Reste des geflohenen alten Regimes zu bekämpfen, dient als Vorwand für die Militäraktionen vor allem im Kongo. Andererseits ist Ruanda aktiv in die (illegale) Ausbeutung der Bodenschätze im Ost-Kongo involviert, deren Erlöse sicher auch zur erstaunlichen wirtschaftlichen Leistung Ruandas beitragen.

Letzte Aktualität

Am 9. August 2010 wurde Paul Kagame für weitere 7 Jahre mit 93% der Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. Nach den Pressemeldungen der letzten Monate war dieser Sieg zu erwarten, schließlich verfügte Kagame über den gesamten offiziellen Medienapparat. Vor allem Menschenrechtsorganisationen hatten die undemokratischen Repressionen und die offene Gewalt gegen die Opposition und deren Präsidentschaftskandidaten bloßgestellt. Mit Spannung wird erwartet, wie Kagame seine Nachfolge 2017 gestalten wird, wenn er sich an die Verfassung hält, schließlich erwarten und reklamieren seine Kampfgefährten aus dem FPR eine Teilnahme an der Macht. Bombenattentate in Kigali, der sichersten Hauptstadt Afrikas, im Februar, März und Mai sowie am 11 August, 2 Tage nach der Präsidentenwahl, die bisher nicht aufgeklärt werden konnten, lassen auch unruhigere Zeiten erwarten.

Schwerpunkt der zweiten offiziellen Präsidentschaft Kagames ist die Bildungspolitik. Primär- und Sekundärzyklus sollen auf je 6 Jahre verlängert und die Grundschule für alle obligatorisch werden.ⁱⁱⁱ

Ruandas unheilvolle Sozialstruktur: Tutsi / Hutu / Twa

Die Länder Ruanda und (B)urundi gibt es seit Jahrhunderten als staatlich-geographische Einheiten. In beiden Ländern wurden bei der Ankunft der Europäer gegen Ende des 19. Jhds drei Volksgruppen nach ihrem idealtypischen Erscheinungsbild und ihrer sozio-ökonomischen Stellung unterschieden: Die (Ba)Twa stellten weniger als 1% der Bevölkerung, waren Reste der kleinwüchsigen Urbevölkerung und vorwiegend Jäger, Töpfer, Schmiede, aber auch Sänger und Späher am Königshof. Die Mehrheitsbevölkerung (über 90%) bestand aus (Ba)Hutu, (Bantu)-Bauern. Die (Ba)Tutsi (ca. 3-5%) waren großgewachsene Rinderhirten, stellten den König, die feudale Oberschicht und die Krieger. Zweierlei Ursprungsthesen versuchen, die Herkunft zu erklären: Die ältere (von den Kolonialtheoretikern vertretene) Hamiten-These sieht in ihnen zugewanderte (nilo-hamitische) Hirtenstämme, die jüngere Version spricht von der Herausbildung einer Oberschicht/Herrscherkaste aufgrund des Besitzes von Rindern, „Tutsi“ wäre eine Person mit großem Rinderreichtum und entsprechendem Einfluss in den Feudalstrukturen gewesen. Hutu hingegen waren die untergebenen Bauern.

Hutu, Tutsi und Twa bewohnten ein Siedlungsgebiet und entwickelten eine Sprache, eine religiöse Anschauungsweise und eine Kultur, sie unterschieden sich zwar in sozio-ökonomischer Hinsicht deutlich, doch es gab eine gewisse Durchlässigkeit der sozialen Schichtung und eine Durchmischung durch Heirat. Komplexe Clankonstellationen und Sozialsysteme garantierten das friedliche Zusammenleben und eine Machtbalance. Mission und Kolonisation verstärkten die Dominanz der Tutsi und z.T. deren elitäres Bewusstsein. D.h. die Begriffe Tutsi und Hutu wären „Identitätskonstrukte“. Die Volksgruppe wurde in Ruanda ab den 30er-Jahren im Personalausweis vermerkt - der Vater gab die Gruppenzugehörigkeit weiter. Damit war das System einzementiert. Die blutigen Auseinandersetzungen in beiden Ländern seit 1959, insbesondere die Genozide von 1972 (Burundi) und 1994 (Ruanda) haben die Pola-

risierung und „Ethnogenese“ verstärkt. Die aktuelle Regierung verbietet jedwede Erwähnung, bzw. Diskussion der „Ethnischen Frage“, doch unter der Oberfläche ist diese präsent und es herrscht Misstrauen und Angst, sowie eine latente Kultur der Gewalt.^{iv}

Der Wandel des Erscheinungsbildes von Ruanda in den letzten 40 Jahren

1969, wenige Jahre nach der Unabhängigkeit, hatte Ruanda den Ruf eines kleinen, dichtbevölkerten und armen Landes, das jedoch an die 60% Christen mit weitgehend einheimischem Klerus aufwies. Die Ruander waren fleißig, lebten auf den Hügeln in Streusiedlung, die Häuser waren sehr oft mit Ziegeln gedeckt und öffentliche Einrichtungen, auch Straßen wurden in Gemeinschaftsarbeit (*umuganda*) errichtet oder in Schwung gehalten. Präsident Gregoir Kayibanda war Lehrer und verfolgte eine Art christlich-soziale Genossenschaftspolitik. Somit war das Land ein guter Entwicklungshilfeverwerter. Ein Makel des jungen Staates war jedoch die große Zahl an Flüchtlingen (Tutsi, die vormalige feudale Oberschicht) in den umliegenden Ländern. Diese (von den Hutus Inyenzi - Kakerlaken - , genannt) versuchten von Zeit zu Zeit bewaffnet wieder an die Macht zu kommen. Dabei kam es jedesmal zu Massakern an der lokalen Tutsi-Bevölkerung und neuen Fluchtbewegungen. Eine geordnete Rücksiedlung wurde von den Regierungen wegen der hohen Bevölkerungsdichte abgelehnt. Der Autor dieses Artikels – damals im benachbarten Kongo als Unterrichtender an einer Sozialakademie - durchquerte **Ruanda zu Ostern 1969** per VW. Kigali hatte kaum 30.000 Einwohner, die Hauptstraßen waren geschottert, aber durchwegs in Ordnung. Im Vergleich zum Kongo bot sich ein gut organisiertes Land.

Zwanzig Jahre später **1989** (der Autor unternahm eine Studie für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit in der Präfecture Ruhengeri): die wichtigsten Hauptstraßen sind asphaltiert, Kigali ist eine saubere, kleine Hauptstadt, in den größeren Städten gibt es Hotels, die Bevölkerung hat zugenommen, der Gorilla- und Vulkan-Tourismus erlebt eine erste Blüte. Die Alphabetisierung ist hoch, die Gesundheitsversorgung relativ gut (mit Familienplanung und AIDS-Prävention). Allerdings spitzt sich die ökonomische Krise wegen des Verfalls der Kaffeepreise und eines rigiden Anpassungsprogramms des IWF zu; die beginnende Demokratisierung lässt – wie auch in anderen Ländern - die Spannung zwischen den Volksgruppen ansteigen; die Flüchtlinge in den Nachbarländern, v.a. in Uganda, drängen auf eine Lösung der Rückführung, die wegen der Überbevölkerung abgelehnt wird. Ruanda ist nach wie vor bevorzugter Empfänger von Entwicklungshilfe, u.a. auch von Österreich.

Nochmals 20 Jahre später **2009/2010**: Kigali hat über 1 Mill Einwohner. Eine saubere, gut organisierte und sehr sichere Hauptstadt, in der sehr viel gebaut und hart gearbeitet wird: Geschäfte, Büros, Wohnungen, Hotels und Restaurants, die zumeist voll sind. Die Straßen säumen neue Baumalleen und Blumen, neue Geschäfte und Unternehmungen entstehen, manche Wohnviertel werden durch Eigeninitiative saniert. Das Zentrum ist modern, z.T. mondän – mit teuren Limousinen, bzw. SUVs, die Vorstadtviertel ärmlich, aber sauber. In der ganzen Stadt gibt es die Moto-Taxis – immer mit Helm. Und Ruanda ist ein Land ohne Plastik-Sackerl.

In Kigali und über Rwanda verstreut finden sich zahlreiche Genozid-Gedächtnisstätten, sehr oft in ehemaligen Kirchen, wo die Gebeine von tausenden Ermordeten ausgestellt sind.

Beim Fahren über Land fallen die guten Straßen und die zahlreichen Gemeinschaftsdörfer auf, Samstag stößt man auf Gemeinschaftsarbeiten – *umuganda*, zeitweise sieht man auch Scharen von rosagekleideten Arbeitern, den gefangenen „Genozidären“ – vom Volk auch *flamingos* genannt.^{v4)}

BASISDATEN RUANDA

- **Staatsname:** Republika y'u Rwanda; République Rwandaise; Republic of Rwanda
- **Staatsform:** Präsidentialrepublik
- **Staatsgründung/Unabhängigkeit**
Ab 14. Jhd. Königreich. 1884/85 bei der Berliner Afrika-Konferenz Deutschland zugesprochen. Ab 1916 belgisch. Seit 1. Juli 1962 wieder unabhängig.
- **Fläche:** 26.338 km²
- **Bevölkerung:** 10 Mio. Einw. = 380 Einw./km² (UN-Schätz. 2009); letzte Zählung 2002: 8,128 553 Einw.; 1991: 7,142 Mio. (offizieller Zensus)
- **Bevölkerungswachstum:** 2005-2010: 2,6% (HDR 2009); 1990-2000: 2,0% (IBRD 2002); 1970-78: 3,9% (ÖFSE 1992)
- **Hauptstadt:** Kigali mit 904.800 Einw. (Schätz. 2008)
- **Weitere Städte:** Ruhengeri 104.200, Gisenyi 99.900, Butare 99.300, Gitarama 88.200, Byumba 73.500, Cyangugu 67.200 (2008)
- **Urbanisierung:** 2010: 18,9%; 1990: 5,4% (HDR 2009), 1970: 3,2% (ÖFSE 1992)
- **Ethnische Zusammensetzung**
ca.: 85 % Hutu; 14 % Tutsi, 0,3 % Twa;
- **Sprachen:** off. Sprachen sind Kinyarwanda, Englisch (seit 2008 off. Schulsprache), Französisch, Swahili
- **Religion:** ca. 90 % Christen (50-55 % Katholiken; ca. 40 % Protestanten und Evangelische); ca. 5 % Muslime; Rest: Anhänger afrikanischer Religionen.
- **Verwaltungseinheiten:** Hauptstadt Kigali und 4 Provinzen; 30 Distrikte, 416 Sektoren und 2.148 Zellen
- **Staatsoberhaupt/ Regierungschef:** Präsident Generalmajor Paul Kagame seit 17. April 2000, 2003 und im Aug. 2010 auf weitere 7 Jahre gewählt; Premierminister: Bernhard MAKUZA (Ex-MDR) seit März 2000
- **Volkvertretung:** Parlament mit Abgeordnetenhaus 80 Sitze (Sept. 2008 53 direkt gewählt, davon 42 für Coalition Front Patriotique Rwandais FPR), 7 für Parti Social Democrate, 4 Parti Liberal; 44 Abgeordnete sind Frauen; Senat 26 Mitglieder (14 indir. gew., 12 ernannt)
- **BIP/Kopf:** PPP 2007: 866 US\$ (UNDP 2009), PPP 2000: 930 US\$ (IBRD 2002)
- **Wachstum des BIP:** zw. 5 und 8% (2005-2009)
- **Alphabetisierungsrate:** 1999-2007: 64,9% (HDR 2009), 2006: 74% (OECD 2002); Einschulung 95% (2006), für Sekundarschulen 10%;
- **Lebenserwartung:** 2006: 51,7 Jahre (m 50,7, w. 52,6) (WHO); 1999: 40 Jahre (UNDP 2001);
- **Zugang zu sauberem Wasser:** 2006: 65% (ASS 2010, UNDP 2009); 1991-93: 68%

- **Human Development Index (HDI):** 2007: Rang 167 von 182 (0,460, max. 1) (HDR 2009); 1999: 152 Platz von 162 (0,395) (UNDP 2001)
- **Human Poverty Index:** 2007: 32,9% (HDR 2009)
- **Gini-Index:** 2007: 46,7 (0-100) (HDR 2009)
- **Gender Related Index:** 2007: 0,459 (max. 1), 132 von 182; (HDR 2009)
- **Kinder pro Frau:** 2005-2010: 5,4 (HDR 2009)

- **Verschuldung:** durch HIPC-Entschuldungsinitiative sanken Schulden von 1.510 Mio. US\$ 2005 auf 477 Mio US\$ 2006; seither leicht ansteigend; Schuldendienst etwa 1,5% der Exporte von Waren und Dienstleistungen.
- **Official Development Assistance (ODA):** 2006: 584,85 Mio. US\$ (multilateral: 263,3, davon EU 65 Mio US\$; bilateral: GB 95,4; USA 77,6; Belgien 36,1; Niederlande 24,7) (Munzinger 2010)
- **Anteil von Erziehung am Budget:** 22,2% (1972, ÖFSE 1992), 16,1% (1986, ÖFSE 1992), 19% (2000-07, UNDP 2009); am BIP: 3,8% (2002-2005, Munzinger)
- **Anteil von Gesundheit am Budget:** 5,7% (1972, ÖFSE 1992), 3,5% (1986 ÖFSE 1992), 27,3% (2006, UNDP 2009); am BIP: 4,3% (2004, Munzinger); 10,4% (2006, ASS 2010)

Quellen: siehe verwendete Literatur

Landesnatur

Ruanda ist ein kleiner Binnenstaat südlich des Äquators in der Region der Großen Seen - 1.100 km Luftlinie vom Indischen und 2.000 km vom Atlantischen Ozean entfernt. Der größte Teil des „Landes der 1000 Hügel“ wird von einem hochgelegenen hügeligen (z.T. mit steilen Abhängen) Acker- und Weideland sowie Savanne eingenommen, deren niedrigster Punkt mit 950 m am Ruzizifluß im Zentralafrikanischen Graben mit dem Kivusee liegt. Im Norden steigt das Land zu den Virunga-Vulkanen an (Karisimbi 4.507 m). Im Osten fließt in einer Grabensenke (1.250 m) der Nil-Quellfluss Kagera zum Victoriasee. Das Klima ist tropisch, durch die Höhenlage gemildert mit je zwei Regen- (März-Mai, Okt./Nov.) und Trockenzeiten. Der durchschnittliche Jahresniederschlag reicht von 650 bis 1.600 mm (im Gebirge bis 2.800 mm). Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt in Kigali bei 20 °C (max. 33 °C, min. 11 °C). Infolge des globalen Klimawandels leidet Ruanda zunehmend unter Wetterextremen (periodisch Regendefizite, Starkregen mit Überschwemmungen).

Geschichte

Vorkolonial: Als Mitte des ersten Jahrtausends (Bantu)-Bauern zuwanderten, gab es bereits eine kleinwüchsige Urbevölkerung von Jägern, Sammlern, Töpfern und Schmieden; Reste davon sind die *Twas*. Ab dem 11. Jhd. bildeten die Bantu-Bauern (die heutige Mehrheitsbevölkerung der *Hutu*) kleine Königreiche. Im 14./15. Jhd. übernahm eine großgewachsene Hirten- und Kriegerkaste (Herausbildung oder Zuwanderung) der *Tutsi* (Batutsi, Watutsi) die Macht und bildete Tutsi-Fürstentümer mit einem zentralistischen und feudalen Herrschaftssystem. Bis zum 19. Jhd. gab es eine territoriale Expansion, wobei das Königreich sich gegen arabische Sklavenjäger behaupten konnte. 1879 begann die christliche Missionierung.

Kolonialzeit: Bei der Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 wurde Ruanda-Urundi Deutsch-Ost-Afrika zugeschlagen; doch deutsche Truppen kamen erst gegen Ende des 19. Jhd. nach Ruanda. Die Deutschen herrschen mit der „indirect rule“, d.h. die feudale Monarchie unter *Mwami* (König) Kigeri IV. Rwabugiri (1853-1897) und *Mwami* Yuhi V. Musinga (1897-1931). blieb erhalten. Dadurch wurde die Tutsi-Dominanz verstärkt und die drei Volksgruppen ethnisch-rassisch definiert. 1916 marschierte Belgien ein, erhielt 1919 Ruanda als Mandatsgebiet und 1923 als Völkerbundmandat; 1925 wurde Ruanda gemeinsam mit Urundi Teil der Kolonie Belgisch-Kongo. 1931 wurde Yuhi V. Musinga abgesetzt und verbannt und sein Sohn als Mutara III. Rudahigwa inthronisiert. 1933-1934 wurde bei einer Volkszählung die Zugehörigkeit zur Ethnie (Tutsi, Hutu, Twa) je nach der Zahl des Rinderbesitzes festgeschrieben, patrilinear vererbt und eine allgemeine Ausweisungspflicht eingeführt. Die Belgier führten wegen

der dichten Bevölkerung bereits Umsiedlungen in das Kivu-Gebiet im Ostkongo durch. 1946-1962 war Ruanda-Urundi belgisches UN-Treuhandmandat. In den 1950er-Jahren nahm der Ruf nach Unabhängigkeit zu – allerdings in unterschiedlicher Art: die Tutsi wollten eine rasche Unabhängigkeit (evtl. auch ohne Monarchie) und die Hutu strebten vor allem nach politischer und sozialer Emanzipation und einem Mehrheitswahlrecht (konstitutionelle Monarchie), was sich 1957 im "Manifest der Bahutu" ausdrückte. Im Emanzipationsprozess der Hutu spielte die katholische Kirche eine maßgebliche Rolle. 1959 starb Mutara III. Rudahigwa, sein Bruder wurde als Kigeri V. inthronisiert. Wegen der Verhärtung des Kronrates gegen Reformen kam es im November zu einem blutigen Aufstand der Hutu, der zu Massakern und der ersten Massenflucht von Tutsi führte; die Kommunalwahlen gewann die "Parmehutu" mit 70 %.

Unabhängigkeit: Im Jänner 1961 bekam Ruanda die interne Autonomie und eine provisorische Regierung unter Kayibanda; der König wurde abgesetzt; im September brachten die Parlamentswahlen der "Parmehutu" die absolute Mehrheit und im Oktober wurde Gregoir Kayibanda von der Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt.

Am 1. Juli 1962 bekam Ruanda die Unabhängigkeit und trennte sich völkerrechtlich von Burundi. Von 1962-1966 gab es mehrere gescheiterte Invasionsversuche der Tutsi, was in Ruanda zu Massakern und der neuerlichen Flucht von tausenden Tutsi führte. 1965 Einparteiensystem. 1972-1973 löste ein selektiver Völkermord an den Hutu (fast alle ausgebildeten Hutu) in Burundi "ethnische Unruhen" in Ruanda aus, die zu einem Putsch am 5. Juli 1973 unter Armeechef Juvenal Habyarimana führte, der mit einer Einheitspartei (MNRD) ein autoritäres Entwicklungsregime führte. Der Zugang zu Bildung und Staatsposten wurde nach einem ethnischen Quotensystem geregelt. Während des Guerillakriegs Musevenis im benachbarten Uganda (1981-1986) strömten tausende Tutsi-Flüchtlinge in den Norden Ruandas, doch konnte mit dem UNHCR keine definitive Lösung erreicht werden. Wie in vielen afrikanischen Ländern begannen 1989/90 demokratische Reformen mit Pressefreiheit und Parteigründungen. Die größere politische Freiheit erhöhte allerdings die Spannungen zwischen Hutu und Tutsi.

Um eine Lösung der Flüchtlingsfrage zu erzwingen, marschierte der FPR (Front Patriotique Rwandais) am 1. Oktober 1990 aus Uganda im Norden Ruandas ein. Dies führte zu einem vierjährigen Guerillakrieg mit Waffenstillständen, der Einführung eines Mehrparteiensystems, einer Spirale der Gewalt mit etwa einer Million Binnenflüchtlingen und im August 1993 zum Friedensabkommen von Arusha, das eine Gewaltenteilung vorsah und die UN-Friedenstruppe UNAMIR zur Überwachung einsetzte. Es kam jedoch zur gegenseitigen Blockierung des Abkommens – u.a. durch ständige Kämpfe, die große Zahl an Binnenflüchtlingen und nicht zuletzt durch die Ermordung des gewählten Hutu-Präsidenten Ndadaye von Burundi im Oktober 1993 mit Massenflucht von burundischen Hutu nach Ruanda. Im Februar 1994 berichtete General Dallaire von der UNAMIR dem UN-Sicherheitsrat, dass die Anti-Tutsi-Stimmung im Land ansteige und Handlungsbedarf bestünde. Der Sender *Radio-Télévision Libre des Mille Collines* auf Hutu-Seite und *Radio Muhavura* auf FPR-Seite heizte die Stimmung an.

6. April 1994: Der Flugzeugabschuss und Tod von Präsident Habyarimana (einschließlich seines Hutu-Kollegen Ntaryamira aus Burundi sowie hoher ruandischer Militärs) löste das Inferno aus. Unmittelbar danach begannen die Hutu-Hardliner des *Akazu* mit den Milizen *Interahamwe* (die zusammen angreifen) und *Impuzamugambi* (die dasselbe Ziel verfolgen) die Durchführung (eines von langer Hand geplanten?) Massenmordes. Regierungsvertreter, u.a. Ministerpräsidentin Agatha Uwilingiyimana, einflussreiche Tutsi und Hutu-Oppositionelle wurden sofort ermordet und sehr rasch kam es zur systematischen Ermordung der Tutsi-Bevölkerung. Aber auch der FPR begann rasch eine massive militärische Offensive,

lehnte jedoch von der UNO vorgeschlagene Waffenstillstandsverhandlungen strikte ab! Zwischen April und Juli wurden in einem Genozid etwa 1 Mill. Tutsi und Hutu durch Hutu-Extremisten und deren Milizen^{vi}, durch Militärs und auch durch FPR-Kämpfer ermordet. Die UNAMIR-Truppe musste wegen fehlender Kompetenzen zusehen. Vermutlich hätte ein Waffenstillstand und eine gut ausgerüstete UN-Truppe das Morden der nur mit Macheten bewaffneten Milizen rasch stoppen können. Im Südwesten des Landes wurde von den Franzosen im Juni eine Schutzzone *Operation Turquoise* errichtet – Kagame warf Frankreich vor, dort auch den Hutu-Militärs und Milizen Unterschlupf zu gewähren. Mit dem Vormarsch der FPR flohen über 2 Mill. (vor allem Hutu) nach Tansania und Zaire/Congo. Im Juli übernahm der FPR unter Paul Kagame die Macht, setzte als neuen Präsidenten Pasteur Bizimungu (Hutu) und Vizepräsidenten Kagame ein; eine **Koalitionsübergangsregierung** (an die Verträge von Arusha 1993 formell angelehnt) mit Dominanz von FPR und Tutsi-Militärs wurde installiert.

Der Machtwechsel brachte de facto die Herrschaftsverhältnisse vor 1959 zurück, statt der Feudalaristokratie herrscht eine technokratische Militäraristokratie. Fast die gesamte Tutsi-Bevölkerung (700 - 800.000) war ermordet worden – aber fast die gleiche Zahl kehrte aus den Nachbarländern nach Ruanda zurück und übernahm alle wichtigen Positionen. Dies hatte auch einen kulturellen und außenpolitischen Wandel zur Folge: Englisch ersetzte schrittweise das Französische; man orientierte sich nicht mehr an Paris oder Brüssel, sondern an London und Washington; Protestanten und Freikirchen nahmen zu, die Zahl und Dominanz der Katholiken nahm ab.

Nach dem Machtwechsel: Im November 1994 wurde vom UN-Sicherheitsrat ein internationaler Gerichtshof (ICTR-International Criminal Tribunal for Rwanda) in Arusha eingerichtet, der Ende 1995 die ersten formalen Anklagen und im Jänner 1997 den ersten Prozess begann. Im März 1996 wurde der Einsatz der UN-Friedentruppe UNAMIR beendet. Da es immer wieder bewaffnete Angriffe von Hutu-Milizen in Ruanda gab, wurden im Herbst 1996 aus Sicherheitsgründen die Flüchtlingslager im Zaire und Tansania von der neuen ruandischen Armee z.T. gewaltsam mit entsprechenden Todesopfern aufgelöst, der Großteil der Flüchtlinge rückgeführt und vorwiegend in Gemeinschaftsdörfern angesiedelt, bzw. zehntausende in Gefängnisse gesteckt.

1997 unterstützte Ruanda (auch Uganda) aktiv die militärische Machtergreifung Kabilas im Zaire (wieder umbenannt in DR Kongo). FPR-Soldaten kamen bis Kinshasa. Aber schon 1998 unterstützte Ruanda eine inner-kongolesische Rebellion gegen Kabila und besetzte de facto die kongolesische Ost-Provinz Kivu; dies führte zur weitgehenden Säuberung des Ost-Kongo von Hutu-Kämpfern und einer Verbesserung der internen Sicherheit in Ruanda.

Normalisierung und langsame Demokratisierung: Im Juli 1999 wurde die fünfjährige Übergangsregierung durch eine **vierjährige Regierung der Nationalen Einheit** ersetzt, de facto verlängert. Es fanden erste Wahlen auf den unteren Verwaltungsebenen „Nyumbakumi“, „cel-lule“ und „secteur“ statt.

Im Februar 2000 wurde Bernhard MAKUZA neuer Ministerpräsident und im April 2000 übernahm Vizepräsident Generalmajor Paul KAGAME von Pasteur BIZIMUNGU (im Amt seit 19. Juli 1994) nach dessen erzwungenem Rücktritt das Präsidentenamt. Um die Staatsmacht zu dezentralisieren wurde der Distrikt (*akarere*) zum wichtigsten Organ der lokalen Regierung. Im März 2001 fanden Wahlen auf Distriktsebene (früher Commune) statt und im Oktober wurden die RichterInnen für „Gacaca“ (wiederbelebtes traditionelles Gericht) gewählt, die im Juni 2002 ihre Arbeit aufnahmen. Zu Jahresbeginn 2002 löste eine neue Flagge jene von 1962 ab.

Im Juni 2003 trat eine neue Verfassung mit 93% Zustimmung in Kraft und beendete die Übergangsperiode nach Genozid und Machtwechsel. Im August wurde Paul Kagame (FPR) für sieben Jahre mit 95 % zum Präsidenten gewählt. Bei den Parlamentswahlen im September gewann die FPR-Liste 40 der 53 Direktmandate. 2004 wurde Ex-Präsident Bizimungu wegen Veruntreuung und Schüren ethnischer Konflikte zu 15 Jahren Haft verurteilt, 2007 jedoch amnestiert.

Im Juli 2005 fand eine UN-Operation gegen ruandische Hutu-Rebellen im Osten der DR-Kongo statt. Im Dezember 2006 wurde von 11 Staaten ein Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der großen Seen unterzeichnet. 2007 wurde Ruanda Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft EAC. Im Juli 2007 wurde die Todesstrafe abgeschafft, um Gerichtsfälle des ICTR übernehmen zu können.

2008 war ein Jahr hoher internationaler Besuche in Ruanda: Im Jänner der französische Außenminister Kouchner, der eine militärische Verantwortung Frankreichs am Genozid zurückwies; sowie UN-Generalsekretär Ban ki-Moon, der die Fortschritte Ruandas bei der Aufarbeitung des Genozids lobte. Im Februar kamen der deutsche Bundespräsident Köhler und US-Präsident Bush sowie der britische Ex-Premier Blair.

Im September 2008 fanden allgemeine Wahlen zum Parlament statt. Eine EU-Wahlbeobachterkommission hob hervor, dass es zwar keine echte Opposition gäbe, gegenüber 2003 wären die Wahlen jedoch ein Fortschritt gewesen. Von den 80 Parlamentssitzen wurden 53 direkt gewählt. (42 für Coalition Front Patriotique Rwandais, FPR), 7 für Parti Social Democrate, 4 für Parti Liberal; 44 Abgeordnete sind Frauen). In den Senat wurden von 26 Mitgliedern 14 indirekt gewählt. Im Oktober erklärte die Regierung, dass in den kommenden Jahren der Schwerpunkt im ruandischen Bildungswesen von Französisch auf Englisch verlagert werden soll, um das Land politisch und wirtschaftlich enger an Ostafrika anzubinden. Dies wurde bereits 2009 umgesetzt; Unterricht und Schulprüfungen finden jetzt in englischer Sprache statt. Im November 2009 besiegelte der Beitritt Ruandas zum Commonwealth of Nations die außenpolitische Umorientierung (neben Mosambik ist Ruanda der einzige Mitgliedstaat ohne vorhergehende koloniale Beziehungen zum Vereinigten Königreich). Zugleich wurde innerhalb der EAC ein Vertrag in Richtung eines gemeinsamen Marktes unterzeichnet.

Schon Ende 2009 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Ruanda und Frankreich wieder aufgenommen. Im Jänner 2010 bereitete Außenminister Kouchner den Besuch Präsident Sarkozys im Februar vor. Das verbesserte Verhältnis führte in Frankreich zum Verhör wichtiger ruandischer Asylsuchender, u.a. der Witwe Habyarimanas.

Am 9. August 2010 fanden Präsidentenwahlen statt, wobei sich offiziell jeder/e als Gegenkandidat/in aufstellen lassen konnte, de facto jedoch von massiven Behinderungen berichtet wurde. Kagame wurde mit 93% auf weitere 7 Jahre gewählt (siehe letzte Aktualität auf Seite 2)

Paul Kagame

Da Präsident Paul Kagame seit Oktober 1990 die zentrale Person des Geschehens in Ruanda ist, folgend eine kurze Biografie:

Geboren im Okt. 1957 in Nyarutova (Distrikt Gitarama); Tutsi aus der Königsfamilie; gelangte 1961 mit seinen Eltern als Flüchtling nach Uganda; schloss sich 1979 einem in Tansania formierten Vorläufer der von Yoweri Museveni geführten National Resistance Army (NRA) an, die nach fünf-jährigem Buschkrieg 1986 die Macht in Uganda übernahm; stieg unter Museveni zum Generalmajor und Chef des ugandischen Militärgeheimdienstes auf; 1990 Militärausbildung in den USA; im Okt. 1990 Be-

fehlshaber der von Uganda aus operierenden Front Patriotique Rwandais (FPR) gegen das seit 1973 herrschende Regime von Juvénal Habyarimana. Dieser wurde vom FPR mit Offensiven, Waffenstillständen und geschicktem Taktieren zwischen Machtteilung und Eroberung der ganzen Macht zu weitgehenden Zugeständnissen gebracht. Mit dem Flugzeugabschuss von Präsident Habyarimana am 6. April 1994 begann der Genozid und parallel dazu eroberte die FPR Ruanda bis zur Einnahme Kigalis im Juli 1994; seit 19. Juli 1994 Vizepräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte; seit 22. April 2000 Übergangspräsident; am 25. Aug. 2003 mit offiz. 95 % und am 9. Aug. 2010 mit 93% zum Präsidenten gewählt; enge Beziehungen zu den USA und Großbritannien; distanziertes Verhältnis zu Frankreich.

Die Aufarbeitung des Genocids von 1994

Die Fakten: Zwischen April und Juli 1994 waren zwischen 800.000 und 1 Mill. Ruander - mehrheitlich Tutsi, jedoch auch viele tausend Hutus - ermordet worden; dazu kommen tausende Tote der kriegerischen Ereignisse und Massaker von Oktober 1990 bis April 1994 und an die hunderttausende Tote der Fluchtbewegungen der Jahre 1994 und Folgejahre. Schließlich zählen auch die bis zu 4 Millionen Tote Kongolesen dazu, die im Gefolge des Machtwechsels, der Fluchtbewegungen und der kriegerischen Auseinandersetzungen im Ost-Kongo bis heute ums Leben kamen.

In Ruanda selbst gab es im Juli 1994 nach dem Sieg der FPR klare Machtverhältnisse. Die Wohnbevölkerung wurde von etwa 8 Mill. auf 5 Mill. reduziert, Ruanda verlor 10% der Bevölkerung, 90% der politischen und wirtschaftlichen Eliten (Hutu und Tutsi) und 70% der Infrastruktur; 800.000 ermordete Tutsi wurden relativ rasch von Altflüchtlingen „ersetzt“; die geflohenen Hutu kehrten nach und nach, z.T. durch versprochene Amnestierung, z.T. unter Gewaltanwendung zurück. Heute zählt Ruanda nach letzten Schätzungen über 10 Millionen Einwohner.

Die Aufarbeitung des Genozids bedarf einer möglichst genauen Erhebung des Geschehenen, der Suche nach den Ursachen und den Schuldigen sowie deren juristischer Verantwortung und Aburteilung.

Als zentral in diesem Kontext erscheint Helmut Strizek^{vii} die Klärung, wer die Präsidentenmaschine abgeschossen hat, denn diese Personen wären die Hauptverantwortlichen für die Auslösung des genozidalen Tötens. Bezüglich des Flugzeugabschusses gibt es zwei gegensätzliche Untersuchungsergebnisse: Frankreich wirft dem FPR vor, am Abschuss des Flugzeugs von Präsident Habyarimana (bei dem auch die französische Crew ums Leben kam) beteiligt gewesen zu sein und auch entsprechende Beweismittel zu besitzen. 2006 beschuldigte der Richter Jean-Louis Brugière den FPR, Präsident Habyarimana getötet zu haben, wobei Kagame selbst und ruandische Militärs belangt wurden. Ruanda hingegen veröffentlichte im Jänner 2010 einen ruandischen Untersuchungsbericht (geleitet von Jean Mutsinzi, dem Präsidenten des afrikanischen Gerichts für Menschenrechte), der das damalige ruandische Hutu-Militär beschuldigte, unter Mithilfe Frankreichs die Präsidentenmaschine abgeschossen zu haben, um den radikalen Hutus den Startschuss zum geplanten Völkermord zu geben. Allerdings bezweifeln Historiker beide Versionen. Klarheit könnte nur eine internationale Untersuchung bringen, doch leider wurde dem ICTR von den UN-Behörden untersagt, dieser Frage nachzugehen.^{viii}

Die historischen und sozialpsychologischen Ursachen: Wie weiter oben dargelegt, wurde die vorkoloniale Sozialstruktur durch Mission und Kolonialismus in Richtung Ethno-Rassismus verstärkt. Gegen Ende der Kolonialzeit in den 1950er Jahren ergab sich eine aufgeladene, hasserfüllte Situation zwischen der bäuerlichen Mehrheit der Hutu und dem Tutsi-Königshaus

einschließlich der dominanten Tutsi-Oberschicht. Vielleicht wäre eine konstitutionelle Monarchie wie im belgischen Mutterland, die der Hutu-Mehrheit einen entsprechenden Anteil an der Macht eingeräumt hätte, eine Lösung gewesen. Wobei es neben der politischen Partizipation in dem dichtbesiedelten Land auch um Zugang zum knappen Agrarland ging. 1959 kam es zur revolutionären Explosion, die die Machtverhältnisse umkehrten. Tausende Tutsi wurden ermordet und zehntausende – vor allem die Oberschicht – flohen in die Nachbarländer, von wo aus sie die Wiederkehr/Rückeroberung vorbereiteten und zahlreiche Einfälle durchführten. Dies führte in Ruanda zu neuen Massakern und Fluchtbewegungen und gemeinsam mit den Ereignissen in Burundi, dem de facto Zwilling, zu einer sich aufschaukelnden Spirale von Hass und Gewalt. Die ökonomische Krise Ende der 1980er Jahre, verschärft durch die Auflagen des IWF und der Weltbank und kombiniert mit der afrikanischen Demokratisierungswelle ab 1989 führten zur offenen Auseinandersetzung der Volksgruppen über die Medien und die politischen Parteien. Der bewaffnete Einfall des FPR im Oktober 1990 mit dem fast 4 Jahre dauernden Guerillakrieg führte fast unweigerlich in die Katastrophe. Die Hutu-Hardliner warnten vor jedweder Machtteilung mit dem angreifenden FPR, weil dann die Zustände vor 1959 wieder zurückkämen, und schürten Angst und Hass. Die vielen arbeits- und landlosen Jugendlichen, sowie hunderttausende Binnenflüchtlinge wurden in Milizen organisiert und auf einen Endkampf/Endlösung vorbereitet; der FPR hingegen, militärisch besser ausgerüstet und von Uganda her unterstützt, taktierte geschickt und stellte auch hohe Forderungen, z.B. in fast allen Bereichen 50% Beteiligung, obwohl sie nur einen Anteil von 15% an der Bevölkerung repräsentierten. Schließlich brachte der Tod Habyarimanas am 6. April das Pulverfass zur Explosion. Nachdem die meisten Morde von Seiten der Milizen mit einfachen Waffen wie Macheten und Prügel erfolgten, hätte ein rasches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft das Morden stoppen können. Doch die Soldaten der UNAMIR hatten nur ein schwaches Mandat und wurden größtenteils abgezogen. Fast scheint es, man (die internationale Gemeinschaft) sah zu und hoffte, dass Kagame rasch die Macht übernehmen werde.

Juridische Maßnahmen: Im November 1994 wurde von der UNO der **Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR)** in Arusha eingerichtet. Bis 2008 wurden jedoch nur 100 Fälle untersucht, 35 umfangreiche Verfahren durchgeführt und nur 30 mit langjährigen Haftstrafen beendet. Davon betroffen waren Ex-Premier Jean Kambanda (1998), Ex-Präsident Pasteur Bizimungu mit 15 Jahren Haft (2004 – aber 2007 von Kagame begnadigt), im Dezember 2008 Oberst Théoneste Bagasora, einer der Drahtzieher des Völkermords, mit lebenslanger Haft. Um nach der Auflösung des ICTR (diese wurde 2009 auf 2012 verlängert) die restlichen Fälle in Ruanda aufarbeiten zu können, schaffte Ruanda 2007 die Todesstrafe ab und verbesserte die Standards der Gefängnisse und der Gerichtsbarkeit.

Auch in anderen Ländern (Kanada, Schweden, Schweiz, Belgien) gab es Gerichtsurteile gegen Verantwortliche des Genozids. Ruanda führt v.a. mit Frankreich eine juridische Auseinandersetzung über die Verantwortung Frankreichs. Ende 1998 gestand eine parlamentarische Untersuchungskommission in Frankreich eine Mitschuld am Genozid ein. Die verbesserten Beziehungen zu Frankreich ab 2009/2010 führen auch zur Verhaftung von Verdächtigen, z.B. Ende Mai 2010 wurde Eugène Rwamucyo, 1994 Arzt in Butare, in Paris und Octavien Ngenzi, früher Bürgermeister von Kabarondo, Anfang Juni 2010 in Mayotte festgenommen; auch die Witwe Habyarimanas hat Schwierigkeiten mit ihrem Aufenthaltstitel.^{ix}

Auch der UNO wurde vorgeworfen durch ihr zögerliches Reagieren Mitschuld am Genozid zu tragen. UN-Generalsekretär Kofi Annan entschuldigte sich erst im März 2004 für die Unfähigkeit der UNO.

In Ruanda selbst war das **Gerichtswesen** fast völlig zerstört worden. Im Schnellverfahren wurde entsprechendes Personal geschult. Von den in Ruanda gebliebenen, bzw. den zurückkehrenden (Hutu-) Flüchtlingen wurden ab 1995/96 an die 150.000 Personen in überfüllte Gefängnisse gesteckt. 2007 befanden sich noch immer 100.000 Beschuldigte und Verurteilte in Haft. Da die ordentliche Gerichtsbarkeit nur sehr schleppend vor sich ging (bis 2003 waren 6.500 Verdächtige angeklagt worden, von denen 600-700 zum Tode verurteilt wurden), richtete die Regierung von 2002 bis Juli 2009 die traditionelle Gerichtsbarkeit **Gacaca** auf Dorfebene ein. Es gab über 12.000 Gerichte mit 800.000 beschuldigten Personen; das Strafmaß für Verurteilte variierte zwischen 30 Jahren Gefängnis und Reparationszahlungen bzw. gemeinsinniger Arbeit.

Doch allein mit Gerichten lässt sich ein gedeihliches Zusammenleben nicht erreichen. Die deutliche Präsenz von Genozid-Gedächtnisstätten hält das schreckliche Geschehen in Erinnerung, doch für eine echte Versöhnung bedarf es mehr. So gelang nicht, wie in Südafrika, eine Wahrheits- und Versöhnungskommission einzurichten. Doch gab es innerhalb und außerhalb Ruandas Versuche, Verständnis und Versöhnung zu erreichen, u.a. das ökumenische „Bekenntnis von Detmold“^{xx}, die jedoch bei bestimmten Themen (wachsendes Stadt-Land-Gefälle, Ideologie des Genozids, das Verbot, über die ethnische Frage zu reden) auch an ihre Grenzen stoßen.

Militärische Sicherheitsmaßnahmen: Um die ständigen bewaffnete Übergriffe und eine neuerliche Machtergreifung der Hutu zu verhindern, versuchte die neue ruandische Regierung möglichst viele Exil-Ruander zu repatriieren, bzw. bewaffnete Gruppen im Ausland auszuschalten. Dies gilt vor allem für die mehrmalige Präsenz ruandischen Militärs im Ost-Kongo. Die Repatriierung der verbleibenden Ruander in den Nachbarländern gestaltet sich z.T. schwierig, weil sie in Ruanda Repressionen befürchten. Laut UNHCR hielten sich 2007 an die 90.000 Ruander mit Flüchtlingsstatus in anderen afrikanischen Ländern ebenso wie in Amerika, Europa und Asien auf (v.a. DR Kongo, Uganda, andere ost- und zentralafrikanische Staaten). Andererseits beherbergte Ruanda rd. 50.000 Flüchtlinge (vorw. aus der DR Kongo).

Menschenrechte

In Ruanda gab es eine alte Tradition, die den Mächtigen de facto Straffreiheit verschaffte – vorkolonial, kolonial und nachkolonial. Weder unter Kayibanda noch unter Habyarimana gab es Demokratie, aber beide Regime bemühten sich, z.T. mit autoritären Maßnahmen, um eine breite Volksentwicklung. Auch die frühere Herrscherschicht der Tutsi, jetzt die Minderheit, wurde vor 1994 durch ein Quotensystem an der Schulausbildung und den öffentlichen Ämtern beteiligt.

Kagame errichtete zwar eine offizielle Koalitionsregierung, doch de facto liegt die Macht beim Militär (FPR) und den aus den Nachbarländern zurückgekommen Tutsi. Über die Jahre fielen hohe Beamte/Regierungsvertreter (Hutu, aber auch ehemalige FPR-Mitglieder und Tutsi) in Ungnade, verließen das Land und suchten in Übersee um Asyl an; einige von ihnen wurden auch unter ungeklärten Umständen ermordet, so z.B. erst im Juli 2010 André Kagwa Rwisereka, Vize-Präsident der „Parti démocratique vert“^{xxi}. Der verdrängte Konflikt zwischen der Mehrheitsbevölkerung der Hutu und der Minderheit der Tutsi, heute an der Macht, darf nicht verbalisiert werden. Wer sich „tribalistisch“ äußert, hat entsprechende Sanktionen zu erwarten. So bleibt im gesellschaftlichen Leben die Menschenrechtslage prekär. Neben Einschränkungen demokratischer Rechte, wie Pressefreiheit oder freie Parteienbildung, gibt es eine repressive Kontrolle über die Bevölkerung, z.B. auch in den zentralen Gemeinschaftsdörfern. Daneben gibt es immer wieder Berichte über willkürliche Verhaftungen, Verschleppung,

Folter und extralegale Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte (wie allerdings auch in den beiden früheren Regimen). Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen, Menschenhandel, Kinderarbeit und Straßenkinder sind Problembereiche, bei denen staatliche Schutzmechanismen unzureichend greifen.^{xiii}

Entwicklungspolitik

Ruanda war sowohl unter Kayibanda als auch unter Habyarimana ein erfolgreiches, allerdings autoritäres Entwicklungsregime. Im Vergleich zu vielen afrikanischen Ländern, v.a. auch der Republik Kongo/Zaire waren die Eckdaten für Bildung, Alphabetisierung, Gesundheit und Soziales ausgesprochen gut, was sowohl auf die Eigenleistungen (Genossenschaftsmodell und Umuganda), als auch auf die großzügige Entwicklungshilfe zurückzuführen war. Der Verfall der Kaffeepreise und harte Strukturanpassungsprogramme brachten das System Ende der 90er in die Krise. Durch die beginnende Demokratisierung und die ungelöste Flüchtlingsfrage wurde die ethnische Frage wieder virulent, was zum Guerillakrieg ab 1990 und schließlich zum Genozid von 1994 führte.

Auch das neue Regime seit 1994 verfolgt ein autoritäres und zudem neo-liberal-technokratisches Entwicklungsmodell. In Anlehnung an die "UN-Millennium Development Goals/MDGs" hat Ruanda unter Beteiligung aller sozio-professionellen Gruppen einen strategischen Entwicklungsplan „Vision 2020“ ausgearbeitet. Dessen elementaren Ziele: Erhöhung des BIP pro Kopf, Reduzierung des Anteils der Bevölkerung über der Armutsschwelle, Erhöhung der Lebenserwartung von 49 auf 65 Jahre und der Alphabetisierung auf 90%. Es soll eine moderne IT-gestützte und wissensbasierte Gesellschaft geschaffen werden – mit Kigali als Handels- und Dienstleistungsmetropole für Ostafrika. Die Landwirtschaft (Umstellung von Subsistenzlandwirtschaft auf Exportökonomie) soll modernisiert und nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze auf dem Land geschaffen werden. Weitere Ziele sind die Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und ein Ausbau des Exportsektors. Die Reformen auf Güter-, Arbeits- und Finanzmärkten orientieren sich ebenfalls an ihnen. Das im Jahr 2002 formulierte nationale Armutsbekämpfungsstrategiepapier (PRSP) ist in der Vision 2020 eingebettet. Das Nachfolgepapier EDPRS (Economic Development and Poverty Reduction Strategy), mit starkem Akzent auf der Wirtschaftsförderung, liegt seit 2007 vor. Ruanda war das erste Land, das im Rahmen der NEPAD seine Regierungstätigkeit einer Überprüfung stellte.

Entwicklungszusammenarbeit

Ruanda war seit der Unabhängigkeit ein guter Entwicklungshilfeverwerter; fast die gesamte Hilfe wurde als Geschenk gegeben. Durch die Kleinheit des Landes und die hohe Siedlungsdichte waren die Projekte gut sichtbar. Allerdings wurden durch den Guerilla-Krieg und den Genozid viele Infrastruktureinrichtungen zerstört. Mit dem Regimewechsel gab es auch einen Wechsel bei den bilateralen Gebern: statt Frankreich, Belgien, BRD jetzt Großbritannien und USA. (2006: bilateral: GB 95,4; USA 77,6; Belgien 36,1; Niederlande 24,7; multilateral: 263,3, davon EU 65 Mio US\$; Munzinger 3/2010) Die letzten Jahre erhielt Ruanda zwischen 500 und 600 Millionen US\$ an Entwicklungshilfegeldern jährlich. Etwa 50% des Staatshaushalts stammen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Im Dezember 2009 wurden für 2010/2011 338 Mio US\$ von den Gebern zugesagt, wenn auch einige Länder Bedenken wegen der Menschenrechtslage geäußert haben. Z.B. haben die Niederlande die Budgethilfe ausgesetzt, da in einem UN-Report die Beteiligung Ruandas im Konflikt im Ost-Kongo aufgezeigt wurde. (EIU 2010)

Für die **österreichische Entwicklungszusammenarbeit** war diese Krisenzone lange Jahre eine Schwerpunktregion. Tansania und Burundi waren seit den 60er und 70er Jahren Kooperationsländer, Ruanda seit Mitte der 70er und Süd-Uganda seit Beginn der 90er Jahre. Die österreichische private und öffentliche Nothilfe für Ruanda und die Flüchtlinge in den umliegenden Ländern betrug 1994 und die folgenden Jahre viele Millionen Schillinge. Österreich hat die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda, das 1989 Schwerpunktland wurde und zu Beginn der 90er Jahre einer der Hauptempfänger in Afrika war, Ende 1995 eingestellt, hat sie jedoch 1997 wieder auf niederem Niveau aufgenommen. Dies geschah zuerst in Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen im Bereich der Menschenrechte und in der Wiedereingliederung ehemaliger (Kinder-) Soldaten. 2000/2001 hieß es im Programm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Österreich wollte in Hinkunft ein kleiner, effektiver und kritischer Geber gegenüber Ruanda sein, die neue Regierung in den großen Aufbauarbeiten unterstützen und mit lokalen Partnern bei der Versöhnung und Machtteilung zwischen den Gruppen des Landes zusammenarbeiten - v.a. in den Sektoren Wasser sowie Demokratie & Menschenrechte.^{xiii} Mittlerweile hat sich das Verhältnis der OEZA zu Ruanda geändert. In Ostafrika sind nur mehr Uganda und Äthiopien Schwerpunktländer der OEZA. Die Landesbudgetlinie Ruanda besteht zwar noch, befindet sich aber in einer Auslaufphase und auch die beiden erwähnten Schwerpunkte sind gleichgeblieben. Es gibt nur mehr zwei Projekte der OEZA: ein Projekt „Setting-up of a Gacaca Audio-Visual Documentation Centre“ mit dem „National Service of Gacaca Courts“ über knapp 0,5 Mio. Euro bis Ende 2010; und ein Projekt „Rwanda Water Supply and Sanitation Fund (Phase II)“ mit dem „Ministry of Finance and Economic Planning“ über 2,22 Mio Euro, einschließlich EU-Kofinanzierung bis Ende 2011. Neben diesen beiden reinen ODA-Projekten gibt es aber auch ODA-, bzw. EU-kofinanzierte Projekte (z.B. einige Projekte von CARE 2008) und länderfinanzierte Projekte mit eher geringen Beiträgen (N.Ö.: Strom- und Wasserversorgung eines Gesundheitszentrums; OÖ.: Volksschule; Stmk: Volksschule, alle 2008).^{xiv}

Ruanda war bis 1994 ebenfalls Empfänger vielfältiger privater Hilfe; nach dem Genozid konzentrierte sich die Nothilfe v.a. auf die Flüchtlinge in den umliegenden Ländern. In Ruanda selbst sind seither nur wenige NGOs tätig. In den letzten Jahren (2004-2008) betrugen die jährlichen Leistungen zwischen 280.000 und 520.000 €. Allen voran kirchliche Organisationen (jährlich zwischen 100.000 und 270.000 €), die in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Zivilgesellschaft, Soziales, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Wasser tätig sind; von den anderen NGOs ist CARE (pro Jahr 60.000-100.000 €) in den Sektoren Umwelt/Aufforstung, Waisenkinder, psychologische Hilfe und Schullandwirtschaft tätig; SOS-Kinderdorf fördert jährlich Kinderdörfer mit mehreren 10.000 €, der EH-Klub förderte Ziegenzuchtprojekte über mehrere Jahre, „Licht für die Welt“ unterstützte mehrmals Gesundheitsprojekte (Augen und Orthopädie) mit jährlichen Zuwendungen bis 120.000 €, die Selbststeuerungsgruppe SBG-Birkfeld unterstützt seit Jahren mit kleineren Beträgen ein Grundschulprojekt und schließlich spendete „Endangered“ 50.000 € für die Erhaltung der Gorillas.^{xv}

Sozio-ökonomische Veränderungen

Krieg, Völkermord und Regimewechsel haben seit 1994 zu tiefgreifenden sozio-ökonomischen Veränderungen geführt. Laut Ingelaere hat sich zwar die Struktur der Machttrollen seit der Monarchie nicht verändert, doch die Personengruppen an der Macht: vor 1959 Tutsi, dann Hutu und seit 1994 wieder Tutsi. Die gewaltigen Bevölkerungsumschichtungen ergaben neue Gruppenidentitäten; zusätzlich zu den alten Identitäten „Hutu und Tutsi“ widerspiegeln neue Begriffe die geänderte soziale Realität. "Abasopecya", benannt nach der

letzten noch funktionierenden Tankstelle während des Genozids, meint Teile der Bevölkerung (Tutsi), die schon vor dem Völkermord im Land lebten, d.h. Genozid-Überlebende. Die nach 1994 aus dem Ausland zurückgekehrten ruandischen Tutsi, oft seit 1959 Vertriebene oder deren Nachkommen, gliedern sich in "Abadubai" (Rückkehrer aus dem Kongo) "Abagepe" (aus Burundi) und "Abasajya" (aus Uganda). Auch Hutus sind geteilt in solche, die Ruanda nie verließen und nie im Gefängnis saßen; ehemalige Häftlinge; Flüchtlinge seit 1994 oder Rückkehrer aus Kongo seit 1996 (Abatingitingi); und solche, die von Gacaca angeklagt wurden. Jede dieser Lebenserfahrungen hat bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Spuren hinterlassen und die Gesellschaft neu gemischt. Auch wenn die aktuelle Regierung die Zuordnung von Ethnizität unterdrückt, so gibt es de facto eine verstärkte, aber verdeckte „Ethnisierung“^{xxvi}

Frauen

Frauen gehörten in der traditionellen Gesellschaft Ruandas nicht in die Öffentlichkeit. Ihre Stellung in der Familie und der Gesellschaft war und ist sehr stark von Traditionen geprägt. Während des Genozids erlitten Frauen grauenhafte sexuelle Gewalt und Verstümmelungen, wurden traumatisiert und oft mit AIDS infiziert, hunderttausende wurden zu Witwen und Waisen. Das hat die Rolle der Frauen in der ruandischen Gesellschaft verändert. Die Frauen mussten, da ihre Männer und Väter getötet worden waren oder im Gefängnis saßen, plötzlich die Aufgaben des Familienoberhaupts übernehmen. Dies hat auch ihre rechtliche Situation verändert. Frauen konnten früher nicht erben oder Familienoberhaupt werden. Diese Regelung wurde mittlerweile durch die neue Gesetzgebung aufgehoben. Auch die wirtschaftliche Bedeutung der Frauen ist gewachsen. Der ruandische Staat ist bemüht, den Frauen gleiche Rechte einzuräumen. Die neue Verfassung weist deutlich frauenfreundliche Züge auf. 30 Prozent aller Posten in Entscheidungsgremien müssen an Frauen vergeben werden. So beträgt heute nach 2008 der Frauenanteil im Parlament 56 Prozent, womit Ruanda weltweit vorne steht. Mit Rose Mukantabana wurde die erste Parlamentspräsidentin gekürt.

Kultur und Religion

Die vorkoloniale Kultur Ruandas war feudal-aristokratisch, das Königtum sakral. Der Ahnen- und Ryangombe-Kult, eine monotheistische Religion^{xvii}, bestimmte das Leben und wird noch heute von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung neben Christentum und Islam praktiziert. Da die sozialen Zustände in der vorkolonialen Zeit noch harmonisch gewesen wären, nimmt die FPR-dominierte Regierung diese Zeit als Referenz. Alle Volksgruppen bedienten sich einer Sprache, des Kinyarwanda, das heute als offizielle Sprache in der Schule und den Medien verwendet wird. Die Missionierung begann erst Ende des 19. Jhds und war für afrikanische Verhältnisse sehr erfolgreich. Vor dem Genozid waren etwa 70 % der Bevölkerung Christen, vorwiegend Katholiken. Die katholische Kirche förderte lange Jahre v.a. durch die Bildungspolitik die Tutsi und erst ab den 50er Jahren die Hutu. Der auch innerhalb der Kirche bestehende ethno-soziale Konflikt wurde verdrängt, die Basis der Gläubigen waren weitgehend Hutus, die aktiven Laien, Ordensleute und Priester zu 70% Tutsi. 1994 waren tausende Menschen in den Kirchen (die früher bei Aufständen und Massakern sicheren Schutz boten) umgebracht worden, Katholiken und Priester waren Täter und Opfer; es kamen an die 200 Priester und Ordensleute ums Leben, 3 Bischöfe wurden vom FPR ermordet. Der FPR hegt noch aus der Zeit der Revolution von 1959 ein tiefes Misstrauen gegen die katholische Kirche, die damals die Emanzipation der Hutus unterstützte. Nach 1994 war die katholische Kirche diskreditiert und bedurfte eines kompletten Neuanfangs. Heute bekennen sich an die 90%

zum Christentum, doch die Zahl (und der Einfluss) der Katholiken ist auf etwa 50-55% gesunken; der Anteil und Einfluss evangelischer Kirchen (Protestanten, Evangelikale und charismatische Gruppen; z.T. durch Rückwanderung aus Uganda, aber auch stärkerer Einfluss von England und USA) nimmt stetig zu (bis zu 40%; 1990 waren es nur 15%). Da sich die Muslime weitgehend aus dem ethnischen Konflikt herausgehalten hatten, haben sie einen starken Zulauf: von 1% auf 5% (manche Angaben bis 10%).

Siedlungspolitik und Verstädterung

Die ruandischen Bauernfamilien lebten traditionell in Streusiedlung inmitten ihrer Felder mit dem Bananenhain direkt ums Haus. Nur um die Missionen und die Verwaltungszentren entwickelten sich dörfliche, bzw. kleinstädtische Verhältnisse. Selbst an den Marktplätzen gab es kaum dort wohnhafte Händler und Handwerker. Durch die Ereignisse von 1990 bis 1994, aber insbesondere 1994 wurden über 10% der Bevölkerung ermordet und vermutlich mehr als 50% der Bevölkerung mussten zeitweise oder dauernd ihren Wohnsitz verlassen. Nach 1994 begann die Regierung, die Menschen – vor allem die rückkehrenden Flüchtlinge – in Gemeinschaftsdörfern, "Imidugudu" genannt, anzusiedeln. Auf diese Art sollen auch nach der Vorstellung der Regierung die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durchmischt werden. Für die Bevölkerung bedeutet dies eine völlig veränderte Wohnweise. Die Vorteile liegen im besseren Zugang zur Grundversorgung, mehr Sicherheit, der Schaffung von Beschäftigung neben der Landwirtschaft. Dieser Prozess ist unterschiedlich stark fortgeschritten und auch umstritten, u.a. wegen der damit verbundenen Landreform; denn die Millionen kleinen Subsistenzlandwirtschaften (ca. 0,5 ha) sollen zu größeren Flächen zusammengelegt werden. Zugleich wird aber Kritik laut, dass die dadurch entstehende kommerzielle Landwirtschaft sich im Besitz städtischer Eliten befindet.

Da sich viele der Tutsi-Altflüchtlinge in Kigali und anderen Städten niederließen nahm die Urbanisierung von etwa 5% 1990 auf etwa 19% 2010 zu. Die Städte sollen mit ihren nicht-agrarischen Jobs auch die überbevölkerten Landgebiete entlasten. Kigali wuchs von einer Kleinstadt in den 60er Jahren zu einer Millionenmetropole. Dem Wachsen der modernen Stadt müssen jedoch ärmere Viertel weichen.^{xviii}

Soziales und Gesundheit

2007 belegte Ruanda mit einem HDI von 0,460 Rang 167 von 182 Staaten auf der Entwicklungsrankliste des UNDP. 2006/07 galten 56,9 % der Bevölkerung als arm mit unzureichendem Gesundheitszustand. 2006 hatten 65% der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser (1991-93 waren es 68%). Schlechte hygienische Verhältnisse bilden große Gesundheitsrisiken. Die Lebenserwartung lag 2006 wieder bei 52 Jahren (1989 bei 45 und 1999 bei 40 Jahren). Zu den wichtigsten Problemen zählen HIV/Aids (2007 etwa 3% der 15-49 jährigen, ASS 2010; 1999 waren es 11,2 %, UNDP 2001), Malaria, Tbc, Lungenentzündung, Hepatitisarten, schwere Darmerkrankungen, Risiken bei Schwangerschaft und Geburt sowie die physischen und psychischen Folgen von Krieg und Genozid. 2004 wurden rd. 4,3 % des BIP für Gesundheit aufgewendet. Die Economic Development and Poverty Reduction Strategy (EDPRS) 2008-2012 sieht entsprechende Investitionen für Soziales, Gesundheit und Bildung vor. Doch es sind etwa 1 Mio. Kinder von Kinderarbeit betroffen, es gibt 10-tausende Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und HIV-Positive.

Bildung

Ruanda hatte schon bei der Unabhängigkeit im afrikanischen Vergleich gute Bildungsdaten, was durch die einheitliche Staatssprache des Kinyarwanda erleichtert wurde. 1990 lag die Einschulungsrate bei 97% (UNDP), 10% der Kinder besuchten die Mittelschule und 2,3% die Hochschule; die Alphabetisierung lag bei 50%. Mit internationaler Unterstützung treibt die jetzige Regierung die Konsolidierung des durch Krieg, Genozid und Aids in Mitleidenschaft gezogenen Bildungswesens voran. Zentrale Aufgaben des Unterrichts sind die Bewältigung des Genozids, die Aids-Aufklärung und die Vorbereitung auf die Modernisierung des Landes. 2002-2005 wendete der Staat 3,8 % des BIP für Bildung auf. Mittelknappheit sowie quantitativer und qualitativer Mangel an Lehrkräften setzen jedoch den ambitionierten Vorhaben Grenzen. 2007 lag die Alphabetisierung bei 74%, die Einschulung bei 95% (für Sekundarschulen bei 10%). 2006 gab es 18 universitäre Einrichtungen mit über 37.000 Studierenden (41% Frauen). Im Oktober 2008 erklärte die Regierung, dass der Schwerpunkt im ruandischen Bildungswesen von französisch auf englisch verlagert werden soll, was 2009 bereits umgesetzt wurde. In den Handelszentren wird auch Kiswahili, die Hauptsprache Ostafrikas, gesprochen, das in Ruanda nur als Fremdsprache erlernt wird.

Wirtschaft

Ruanda zählt mit einem Pro-Kopf-BIP von 350 US\$ zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern wie auch zur Gruppe der Heavily Indebted Poor Countries (HIPC). Auf der von Transparency International zusammengestellten Rangliste der Korruption belegte es 2007 Rang 111 von 180 erfassten Staaten. Nach den Zeiten von Krieg und Genozid konnte unter dem FPR-Regime von niedrigem Ausgangsniveau eine wirtschaftliche Entwicklung mit zuletzt hohen Wachstumsraten eingeleitet werden, zwischen 2005 und 2008 durchschnittlich 6 % pro Jahr. 2009 betrug das GDP (BIP) 5,1Md. US\$, die Exporte 201 Mio. US\$ und die Importe 844 Mio US\$. Gleichzeitig wurde die jährliche Inflationsrate in den einstelligen Prozentbereich zurückgeführt. Um für internationale Geber positive Zeichen zu setzen, schloss Ruanda seit 1998 wiederholt Kreditabkommen mit dem IMF. Zu den Auflagen der damit verbundenen Programme für Armutsbekämpfung und Wachstum zählten Haushaltskonsolidierung, marktwirtschaftlicher Strukturwandel und Privatisierungen. Die Planungen wurden in formell ruandischen Strategiepapieren zusammengefasst, zuletzt 2007 als Economic Development and Poverty Reduction Strategy (EDPRS) 2008-2012. Seit 2005 erreichte die Regierung in Kigali Vergünstigungen der HIPC-Entschuldungsinitiative und der Multilateral Debt Reduction Initiative (MDRI) von IMF und Weltbank. Zudem wurde Ruanda in den African Growth and Opportunity Act (AGOA) und das Angebot der Millenium Challenge Corporation (MCC) der USA einbezogen. Durch Schuldenerlass konnten die Auslandsverbindlichkeiten von 1,5 Mrd. US\$ (2006) auf weniger als 500 Mio. US\$ gesenkt werden; sie stiegen jedoch 2007 wieder auf 545 Mio. US\$ an. Der Schuldendienst liegt sehr günstig bei etwa 1,5% der Exporte.

Generell bleiben jedoch Ruandas Wirtschaftsstrukturen zu schwach und seine Ressourcenbasis zu klein, um eine tragfähige Entwicklung zu ermöglichen. Die Verteilung des BIP nach Sektoren hat sich seit 1990 vorwiegend von der Industrie zu den Dienstleistungen verändert (1990: 41% Landwirtschaft; 22% Industrie; 37% Dienstleistungen. 2007: 40% L; 14% I; 46% D.). Die Landwirtschaft beschäftigt 80% der Erwerbspersonen, die vorwiegend für den Eigenbedarf produzieren. Die Forstwirtschaft spielt eine geringe Rolle, obzwar der Großteil des Energiebedarfs durch Holz gedeckt wird, der Fischfang ist trotz großer Seen und Flüssen unterentwickelt, die Energie knapp, obzwar es ungenutzte Wasserkraft und große Methangas-

vorkommen im Kivu-See, evtl. auch Erdwärme gibt. Handwerk und Industrie produzieren für den lokalen Bedarf Nahrungsmittel, Textilien, Farben, Baustoffe, u.a. Zement (zeitweiser Bauboom in Kigali und Hotelbau in den Tourismusgebieten). Der Bergbau boomt mit ausländischen Investitionen (Gold, Wolfram, Kobalt, Platin, Nickel und Kupfer). Neben dem formellen Sektor beschäftigt der informelle Sektor immer mehr Personen, v.a. die verarmten, landlosen Kleinbauern.

Devisen-Einnahmen werden vorwiegend durch den Export von Kaffee, Tee und Mineralien (Kassiterit, Coltan, Wolfram, Gold, z.T. aus dem Kongo), durch wachsenden Tourismus (v.a. Virunga-Vulkane, Gorillas), zunehmende Geldtransfers der ruandischen Diaspora sowie Hilfen der internationalen Geber erzielt. Gleichzeitig bleibt Ruanda auf Importe von Maschinen, Transportgütern, Ersatzteilen und Know-how, aber auch von Nahrungsmitteln (z. T. als humanitäre Hilfe) angewiesen. Zur Vergrößerung seiner Spielräume setzt Ruanda neben der Diversifizierung der Einnahmequellen und der Produktpalette (u.a. Blumen und Obst) auf Regionalisierung im Rahmen der Mitgliedschaft in der EAC (seit 2007) und COMESA. Zudem kündigen sich umfangreiche Auslandsinvestitionen (Gas-Kivusee, US; Biodiesel aus Jatropha, US-UK; Mobil-Netz und Breitband-Internet) und ein Ausbau der Finanzdienstleistungen an.

Außenpolitik: vom frankophonen zum anglophonen Land

Als ehemaliges belgisches UN-Mandatsgebiet gehörte Ruanda zum frankophonen Afrika mit starker Orientierung am ehemaligen Belgisch-Kongo. Durch die Schwäche Belgiens übernahm in den Jahren der Unabhängigkeit Frankreich die frankophone Schirmherrschaft (aber auch die militärische Zusammenarbeit). Demnach können Guerillakrieg, Genozid und Machtwechsel in den 90er-Jahren auch als Auseinandersetzung zwischen Frankophonie und Anglophonie angesehen werden. Der FPR wurde von Uganda ausgerüstet und unterstützt und somit auch von den USA und Großbritannien. Wo vor 1994 französisches und belgisches Militär war, gibt es heute britisches und US-Militär. Das strategische Interesse an einer Umorientierung wurde erst sichtbar durch die Rolle Ugandas und Ruandas beim Machtwechsel im Zaire/Kongo nach 1995/96 und der Ausbeutung strategischer Rohstoffe im Ost-Kongo (Stichwort Coltan). Der Beitritt Ruandas zur EAC (2007) und zum Commonwealth (2009) unterstreichen diese Umorientierung.

Der blutige Konflikt zwischen Hutu (Bauern) und Tutsi (Viehzüchter) in Ruanda beeinflusste die *Beziehungen zu Burundi, Uganda, Tanzania und Kongo*. Denn die Konflikte zwischen Viehzüchtern und Bauern gibt es in etlichen Gebieten der großen Seen, u.a. durch Wanderungsbewegungen in früherer Zeit, durch die Umsiedlungspolitik der Belgier und schließlich durch Fluchtbewegungen. Der FPR setzte sich aus Teilen der ugandischen Armee zusammen, wurde von Uganda ausgerüstet und während des ganzen Konflikts aktiv unterstützt. Tutsi-Sympathisanten aus den Nachbarländern schlossen sich während des Guerillakriegs in Ruanda dem FPR an. Beim Vormarsch des FPR auf Kigali flohen 1994 über 1/2 Millionen Ruander nach Tansania, von wo sie jedoch bald nach dem Machtwechsel rückgeführt wurden. Nach dem Sieg der FPR flohen an die 2 Millionen Hutu in den Zaire/Kongo. Da Reste der alten Armee und Hutu-Milizen (zuerst von Mobutu unterstützt) von Zaire aus bewaffnete Angriffe in Ruanda unternahmen, wurden von der ruandischen Armee im Herbst 1996 aus Sicherheitsgründen die Flüchtlingslager im Zaire z.T. gewaltsam mit zahlreichen Opfern aufgelöst und der Großteil der zivilen Flüchtlinge rückgeführt.

1997 unterstützten Ruanda und Uganda aktiv die militärische Machtergreifung Laurent Kabilas, der im anglophonen Ostafrika stark verankert war, im Zaire (wieder umbenannt in Demo-

kratische Republik Kongo). Doch schon 1998 unterstützten Ruanda und Uganda eine Rebellion gegen Kabila und besetzten de facto die Ost-Provinz Kivu militärisch, womit der sogenannte Kongo-Krieg mit Beteiligung etlicher afrikanischer Staaten begann. Dies führte zur weitgehenden Eliminierung von Hutu-Kämpfern im Osten des Kongo und einer Verbesserung der internen Sicherheit in Ruanda. Die „Besitzer“ beteiligten sich jedoch auch an der Ausbeutung der kongolesischen Bodenschätze, u.a. von „Coltan“ (Columbo-Tantalit). In diesem Kontext kam es ab 1999 im NO der DR Kongo zu Konflikten zwischen der ruandischen und ugandischen Armee. 2002 wurde ein Friedensabkommen mit dem Kongo geschlossen. Doch bis heute dauern im Osten des Kongo Kämpfe zwischen der regulären kongolesischen Armee, den FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo), den Hutu-Milizen FDLR (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda)^{xix}, den kongolesischen Mai-Mai-Milizen sowie Tutsi-Verbänden, z.B. den CNDP (Conseil National pour la Défense du Peuple) unter dem Tutsi-General Laurent Nkunda an. Jede dieser Gruppen kontrolliert kongolesische Territorien und beutet dort die Bodenschätze aus. General Nkunda wirft der Kongo-Regierung vor, die Hutu-Milizen gewähren zu lassen und dadurch den militärischen Schutz der kongolesischen Tutsi-Bevölkerung durch seine Truppen notwendig zu machen. Daraufhin kündigte Präsident Joseph Kabila im Oktober 2007 die Entwaffnung der Hutu-Milizen an. Anfang Januar 2009 wurde Nkunda in einem Machtkampf innerhalb der Führung der CNDP von seinem Militärführer Bosco Ntaganda gestürzt. Ntaganda unterzeichnete einen Waffenstillstand und ging gemeinsam mit kongolesischen und ruandischen Regierungstruppen gegen Nkunda vor. Am 22. Januar 2009 wurde Laurent Nkunda auf ruandischem Gebiet festgenommen.

Die Beziehungen zu Großbritannien (Beitritt Ruandas im November 2009 zum Commonwealth) und den USA sind ausgezeichnet, zur EU gut (sie zählt zu den größten Gebern), jedoch zu Frankreich, das das alte Regime bis zuletzt unterstützte, waren sie lange Jahre sehr gespannt, haben sich jedoch zuletzt durch den Besuch von Präsident Sarkozy in Kigali im Februar 2010 normalisiert.

Mag. Richard Langthaler studierte Theologie in Wien und Innsbruck, Sozialwissenschaften in Löwen, Belgien und Soziologie in Graz. Er arbeitete an EZA-Projekten für die ÖEZA und UNDP Marokko, Kongo/Zaire, Obervolta/Burkina Faso, Guinea/Conakry, Tunesien und Ruanda. Seit 1975 weitgehend in Wien als wissenschaftlicher Referent und Afrikareferent bei der ÖFSE, zwischendurch Redakteur bei den neu gegründeten EPN (Entwicklungspolitische Nachrichten, heute Südwind-Magazin). Nebenbei tätig als Referent, Universitätslektor (Seminare zum Konflikt in der Region der großen Seen) und Artikelschreiber über Afrika und Entwicklungsprobleme; nach 1994 intensive Beschäftigung mit dem Geschehen in Ruanda und der Region wegen zweimaligem persönlichen Aufenthalt (1969 und 1989). Eine Kurzfassung dieses Artikels ist in der Zeitschrift *INTERNATIONAL* 3/2010 erschienen.

Verwendete Unterlagen: statistische Daten mit *) gekennzeichnet,
Africa Confidential, (AC) Vol 50 No. 15, S. 8-10; No. 24, S. 5 und 12; Vol. 51 No.2, S.4-7, 22.jan. 2010; No. 4, S. 12, 19. Febr. 2010;
Africa International, (AI) Nr. 430, Avril 2009, S. 30,31; Roger Ngoh Yom: Commémoration d'une horreur.
Africa South of the Sahara, (ASS) 2010*)
AI-Report 2009
Economist Intelligence Unit, (EIU): Country Profile Rwanda, February 2010*)
Fischer Weltalmanach 2010, Frankfurt a. M. 2009

Handelsblatt.com, 11.10.2009

*IBRD: World Development Report 2010**)

Ingelaere Bert: Peasants, Power and Ethnicity: A Bottom-up Perspective on Rwanda's Political Transition. in: *African Affairs*, 109/435 (Febr. 2010), S. 273-292

INWENT online März 2010 (<http://liportal.inwent.org/>)*)

iz3w, Jän/Febr 2010, S. 10-13: Johannes Melzer, Doing Business. Im neuen Ruanda hat sich ein autoritäres Regime konsolidiert.

Jeune Afrique, (JA) Nr. 2553, 13-19. Dec. 2009, Dossier RWANDA INC, S.57-68; Nr. 2557, 10-16. Janv. 2010, S. 32 und S. 62; Nr. 2559, 24-29 Janv. 2010, S. 19; Nr. 2564, 28. Fevr-6 mars 2010, S. 16-18; Nr. 2565, 7-13 mars 2010, S. 30-32; Nr. 2572-2573, 25 avril-8 mai 2010, S.44-51, dossier: Paul Kagame; Nr. 2576, 23-29 mai, s.49; Nr. 2577, 30 mai-5 juin 2010, S. 44

Munzinger Online, März 2010*)

New African, April 2010, S 34-35

OECD, Development Co-operation Report 2010

Ökumenisches Netz Zentralafrika, (OENZ) Umsiedlungspolitik in Ruanda, Mai 2010

ÖFSE, Ruanda Länderprofil 2002 und März 2003

Spitzer, Helmut: Als Gott woanders schlief. Auf den Spuren des Völkermords in Ruanda. in: Ottomeyer, Klaus; Preitler, Barbara; Spitzer, Helmut (Hg.): *Look I am a Foreigner. Interkulturelle Begegnung und psychosoziale Praxis auf fünf Kontinenten*. Drava, Klagenfurt/Celovec-Wien/Dunaj 2010.

UNDP, Human Development Report 2009*)

WIKIPEDIA, die freie Enzyklopädie (April 2010)*)

WDR 5 vom 6.1.2010: Heikle Beziehungen – Zur ersten Afrika-Reise des neuen Entwicklungshilfeministers.

Ausführliche Literatur zu Ruanda findet sich in der Bibliothek der ÖFSE: www.oefse.at

Fußnoten:

ⁱ (Deutsches) Handelsblatt 11.10.2009

ⁱⁱ WDR 5 vom 6.1.2010: Heikle Beziehungen – Zur ersten Afrika-Reise des neuen Entwicklungshilfeministers

ⁱⁱⁱ *Jeune Afrique*, No. 2588-2589, 15.-28. Aout 2010; sowie diverse Internetmeldungen zur Präsidentschaftswahl in Ruanda.

^{iv} ÖFSE, Ruanda, 2003 und Spitzer

^v J.A. Dossier 13-19 Dec. 2009, S. 68; ATV-Sendung die Reportage: energy globe award vom 21. Juni 2010:

<http://atv.at/contentset/17158-atv-die-reportage>; und Spitzer

^{vi} Federführend soll das „Zero Network“ und dessen Chef „Mr. Z.“, Protais Zigiranyirazo, der Schwager Habyarimanas, gewesen sein (AC, Vol 50, Nr.24),

^{vii} *Africa International*; Nr. 375, Avril 2004, S. 6-8; Strizek Helmut: Dix ans après: Les chemins tortueux de la vérité au Rwanda.

^{viii} Frankreich wirft der FPR vor, am Abschuss des Flugzeugs von Präsident Habyarimana beteiligt gewesen zu sein. So wurde Kagame 2005 von einem französischen Untersuchungsrichter mit dem Vorwurf konfrontiert, unmittelbar in den Mord an Habyarimana verwickelt gewesen zu sein. Im November 2006 erließ der französische Richter Brugière (der die Hinterbliebenen der beim Absturz ums Leben gekommenen französischen Crew vertritt) Haftbefehl gegen 9 ruandische Militärs; daraufhin wurde in Deutschland Rose Kabuye festgenommen und an Frankreich ausgeliefert. 2008 erließ ein spanischer Richter gegen 40 Offiziere des Kagame-Regimes einen Haftbefehl; (*Jeune Afrique*, Nr. 2557, 10-16. Janv. 2010, S. 62; und A.C. Vol. 51, Nr.2, S. 12, 22. Jan. 2010); EIU, 2010)

^{ix} JA, N. 2578, 6-12-Juin 2010

^x 10 Jahre „Bekennnis von Detmold“ zur Versöhnung in Ruanda, Ökumenischer Arbeitskreis Ruanda, Bonn 19. 2. 2007

^{xi} JA, N. 2584, 18-14 Juillet 2010

^{xii} Reporters sans frontières bewerten die Medienfreiheit mit 147 von 169; Freedom House bewertete Ruanda 2007 bei politischen Rechten mit Note 6 und bei bürgerlichen Freiheiten mit Note 5 (auf einer von 1 (frei) bis 7 (unfrei) reichenden Skala).

^{xiii} ÖFSE, Ruanda Länderprofil März 2003

^{xiv} Laut mail-Auskunft der ADA vom 7.7. 2010 von Dipl. Ing. Günter Engelits, Referent für Ostafrika. Vgl. auch: eza.at/datenbanken/eza-projekt-datenbank/rwanda.

^{xv} ÖFSE: statistische Aufzeichnungen der privaten EZA

^{xvi} INWENT 2010 und Ingelaere

^{xvii} Spitzer zitiert in seinem Beitrag den alten Glauben, dass sich Gott jeden Tag in den grünen Hügeln Ruandas schlafen legt; doch während des Genozids wäre er abwesend gewesen.

^{xviii} Zuletzt wurde bekannt, dass für die Modernisierung der Hauptstadt v.a. ärmere Stadtviertel fast ohne Entschädigung „Business Districts“ weichen müssen. (www.oenz.de). Zugleich setzte die Regierung den Bodenpreis in Kigali weit unter dem Marktwert fest (EIU).

^{xix} dessen Präsident Ignace Murwanashyaka und Vize-Präsident Straton Musoni wurden im November 2009 in Deutschland verhaftet, von wo aus sie operiert hatten (AC Vol 50, N.24, S.5)